**Bericht und Antrag der Justizkommission
betreffend die Änderung des Gesetzes über die
Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches**

23-35

vom 9. März 2023

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Justizkommission hat die Vorlage des Regierungsrats vom 13. September 2022 (ADS 22-92) betreffend die Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches an ihrer Sitzung vom 9. März 2023 beraten. Die Vorlage wurde vom zuständigen Regierungsrat Dino Tamagni, Volkswirtschaftsdepartement (VD) und Andreas Jenni, Amt für Justiz und Gemeinden, vertreten. Für die Administration und Protokollierung war Claudia Indermühle verantwortlich.

1 Ausgangslage

Die vorliegende Revision des EG StGB wurde angeregt, um die kantonale Zuständigkeit im Bereich der Anordnung der gemeinnützigen Arbeit den aktuellen bundesrechtlichen Bestimmungen sinnvoll anzupassen.

So hatte der Bund die gemeinnützige Arbeit bei ihrer Einführung im Jahre 1990 ursprünglich als Vollzugsform ausgestaltet. Im Kanton Schaffhausen war für den Vollzug das Amt für Justiz und Gemeinden, d.h. eine Verwaltungsinstanz zuständig. Im Jahr 2007 vollzog der Bund eine Kehrtwende, indem die gemeinnützige Arbeit neu zu einer eigenständigen Strafe wurde. Dies führte dazu, dass für die Anordnung von gemeinnütziger Arbeit bei Strafen gemäss StGB neu das Gericht bzw. im Strafbefehlsverfahren die Staatsanwaltschaft zuständig waren. Für Strafen gestützt auf das kantonale Strafrecht wurde durch eine Anpassung des EG StGB ebenfalls eine richterliche Instanz als zuständig bezeichnet, konkret der Einzelrichter des Kantonsgerichts.

Per 1. Januar 2018 wechselte der Bund wiederum zum System von 1990, d.h. die gemeinnützige Arbeit wurde erneut zu einer Vollzugsform erklärt. Für den Kanton Schaffhausen bedeutet das, dass wiederum eine Verwaltungsinstanz für die Anordnung einer gemeinnützigen Strafe zuständig wurde, also wieder das Amt für Justiz und Gemeinden. Folgerichtig sollte auch für die Anordnung der gemeinnützigen Arbeit bei Strafen gestützt auf das kantonale Recht eine Verwaltungsinstanz zuständig sein – und nicht mehr der Einzelrichter des Kantonsgerichts. Dies gilt es im EG StGB anzupassen. Für die Umwandlung einer uneinbringlichen Busse in

eine Ersatzfreiheitsstrafe bleibt jedoch nach wie vor der Einzelrichter des Kantonsgerichts zuständig, wenn die Strafe von einer Gemeinde oder einer Verwaltungsbehörde des Kantons ausgesprochen wird.

Eine weitere Anpassung des EG StGB wurde durch die Einführung der Bestimmungen des Hundegesetzes (vgl. Art. 14 EG StGB) sowie einer Aktualisierung des Ordnungsbussengesetzes (vgl. Art. 31 EG StGB) notwendig.

2 Eintreten

Nach kurzen Ausführungen seitens der Regierung zur Vorlage sowie einer anschliessenden kurzen Fragerunde wurde keine weitere Diskussion zum Eintreten gewünscht und die Kommission beschloss einstimmig Eintreten auf die Vorlage.

3 Detailberatung / Beschlüsse der Kommission

Die von der Verwaltung ausgearbeiteten neuen Art. 27 Abs. 2 und Art. 28 Abs. 3 EG StGB wurden in der Kommission begrüsst. Die Kommission erkannte den Zweck der Anpassung, dass es nämlich sinnvoll ist, im Bereich der Anordnung von gemeinnütziger Arbeit eine einheitliche Zuständigkeit vorzusehen – unabhängig davon, ob die Strafe gestützt auf das StGB oder das EG StGB erlassen wurde.

Ebenfalls wurde der Sinn erkannt, dass mit der Einführung des Hundegesetzes ein und derselbe Tatbestand nicht in zwei unterschiedlichen Gesetzen zu regeln ist, weshalb die Streichung der Bestimmung im EG StGB einstimmig (5 : 0 Stimmen) beschlossen wurde.

Gleichzeitig hat die Kommission Art. 14 EG StGB redaktionell angepasst, wobei einstimmig die Einführung von Absätzen (Abs. 1 und Abs. 2) gutgeheissen wurde (siehe Anhang).

Schliesslich hat die Kommission ohne weitere Diskussion der Aktualisierung des Verweises in Art. 31 EG StGB einstimmig (5 : 0 Stimmen) zugestimmt.

4 Schlussabstimmung

Einstimmig beantragt die Justizkommission dem Kantonsrat, der Vorlage ADS 22-92 mit den obigen Änderungen zuzustimmen. Vorbehältlich neuer Anträge, welche mehr als 12 Stimmen erhalten, wird beantragt, die 2. Lesung des Geschäfts gleich im Anschluss an die 1. Lesung durchzuführen.

Für die Justizkommission:

Nihat Tektas (Präsident)

Mayowa Alaye

Linda De Ventura

Markus Fehr

Peter Scheck

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches

Änderung vom

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Gesetz:

I.

Das Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 22. September 1941 wird wie folgt geändert:

Art. 14

¹ Wer ein wildes oder böses Tier hält und es nicht gehörig verwahrt, wird mit Busse bestraft.

² Wer durch Reizen oder Scheumachen von Tieren eine Gefahr für Menschen oder Sachen herbeiführt, wird mit Busse bestraft.

Art. 27 Abs. 2

² Zuständig ist dasjenige Departement des Regierungsrates, in dessen Aufsichtsbereich das anwendbare Gesetz fällt. Für die Umwandlung einer uneinbringlichen Busse in eine Ersatzfreiheitsstrafe ist der Einzelrichter des Kantonsgerichts zuständig.

Art. 28 Abs. 3

³ Für die Umwandlung einer uneinbringlichen Busse in eine Ersatzfreiheitsstrafe ist der Einzelrichter des Kantonsgerichts zuständig.

Art. 31 Abs. 1

¹ Der Regierungsrat kann durch Verordnung die Polizeiorgane ermächtigen, bei bestimmten geringfügigen Übertretungen einen festen Bussenbetrag auf der Stelle gegen Quittung zu erheben, sofern sich der Beschuldigte diesem Verfahren unterzieht. Die Höchstgrenze des Bussenbetrages entspricht derjenigen des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016 (SR 741.1).

II.

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen,

Im Namen des Kantonsrates:

Der Präsident:

Der Sekretär: